

## ANDREAS HEY NEU IN EPRD-GESCHÄFTSFÜHRUNG

# EPRD wächst und baut Geschäftsführung aus

**(Berlin, 16. Juli 2015)** Das Endoprothesenregister Deutschland wächst stetig weiter und baut die Geschäftsführung aus. Mit dem 56-jährigen Dr. med. Andreas Hey hat die EPRD Deutsche Endoprothesenregister gGmbH nun neben dem Orthopäden Prof. Dr. Joachim Hassenpflug einen Geschäftsführer gewonnen, der über viele Jahre Erfahrung im Aufbau junger Unternehmen im Bereich Medizin verfügt.

„Mit der Erweiterung der Geschäftsführung stellen wir uns auch auf das stetige Wachstum des Registers ein“, sagt Prof. Dr. Bernd Kladny, Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie e.V. (DGOOC), deren 100-prozentige Tochter das EPRD ist. Seit dem Start des Registers haben sich mit knapp 600 Krankenhäusern schon gut 50 Prozent aller dafür infrage kommenden Kliniken zur Teilnahme angemeldet. Nun geht es darum, diesen Kurs fortzusetzen und das Register weiterzuentwickeln.

Ziel des EPRD ist es, in Deutschland alle rund 400.000 endoprothetischen Eingriffe jährlich zu erfassen. Seit Anfang 2014 können sich bundesweit alle interessierten Krankenhäuser beteiligen. Das Register wird finanziell, organisatorisch und mit Know-how vom Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), dem AOK-Bundesverband und dem Bundesverband Medizintechnologie (BVMed) unterstützt. Beim Aufbau des Registers hatte sich auch die Deutsche Arthrose-Hilfe engagiert. Vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) erhielt das EPRD Fördermittel. Als gemeinnützige GmbH und DGOOC-Tochter ist das Register ausschließlich wissenschaftlichen Grundsätzen verpflichtet. Transparente Prozesse sowie die Unabhängigkeit und Neutralität der Auswertungen sind wesentliche Rahmenbedingungen des EPRD, das für weitere Partner offen ist.

## ANSPRECHPARTNER

**Prof. Dr. Joachim Hassenpflug, Dr. Andreas Hey**  
EPRD Deutsche Endoprothesenregister gGmbH  
Telefon: 030/340 60-36 40 (Geschäftsstelle)  
E-Mail: info@eprd.de

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Gesundheit

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

